

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Wertschätzung von: Nr. 1. — für die Schweiz (Streuhand) Nr. 2. — für Deutschland (Gaubert) L. 1.70 für Österreich (Gaubert) Nr. 3.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand)

Inserate

die dreizehnpennige Zeitzeile 25 Bl. — 20 Pf.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Selbstverhandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen franco. Besondere Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Nr. 20.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Postvorschriften abgeben lassen. In der Regel sollte man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

12. Mai 1888.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Allgemeiner Unterstützungs-Fonds.

Nachfolgende Beiträge sind bis Mitte Mai bei uns eingegangen für den

Hafenlever-Fond.

- Einwurf W. (Fr. 5) — Nr. 4 —, Portobello Sozialistenclub 5 —, Arb. Ver. Trostmann Danosplatz (5) — 4 —, Otto Kästli (30) — 24 —, Dtsch. Arb. Verein Schur (10) — 8 —, Zentralomite des Schweizer. Schülervereins St. Gallen (50) — 40 —, Gorgen Dtsch. Verein (5) — 4 —, Raumburg a. S. 10 —, Fallenberg i. S. 3 —, Zürich soz. dem. Müllersgesellschaft (50) — 40 —, Gorgen Arb. Verein (8 80) 7 04, Pest J. Kpl. u. Schr. (Wost. 2 50) 4 —, Müllersg. Luzern (5) — 4 —, Gen. i. Baperno (5 50) 4 40, Olten Allgem. Arb. Ver. (5) — 4 —, Kopenhagen (s. d. Besondere) (50) — 40 —, Altenburg 25 —, F. F. Kuznyl (— 90) — 72, München 35 —, Nhr. Hollr. 1 80, Zürich Arbeiterinnenverein (10) — 8 —, J. R. Manchester 2 40, Paris f. d. Beschl. Zellersammlung zum 18. März (16 40) 13 12, Rathenow 34 —, J. G. Kgb. 8 80, A. London 1 50, Russland H. S. (1 50) 1 20, Chicago d. Koeske pr. W. 2. (5 16) 4 12, Bern G. H. (10) — 8 —, Gen. aus Wien und der Provinz (Wost. 7 98) 12 45, von d. lustigen Gassen 2 —, U. G. Kopenhagen (Fr. 25) — 20 —

Insgesamt: Nr. 378 35,

welche wir wiederholt dankend dem betreffenden Zweck überantwortet haben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zweierlei Recht.

C. Vor einigen Tagen brachten verschiedene Blätter die Mitteilung, daß unser Genosse Bernstein, der auf der Durchreise nach London Brüssel berührt habe, von der belgischen Regierung dort sofort die Weisung erhalten habe, Belgien unverweilt zu verlassen.

Die Nachricht war falsch, Bernstein war weder in Belgien, noch hatte er die Absicht, die Gastfreundschaft Belgiens in Anspruch zu nehmen; die belgische Regierung ist also auch nicht in der Lage gewesen, die ihr angebotene Nichtwürdigkeit zu begehren. Um so bezeichnender ist es daher, daß sie sich bis zur Stunde noch nicht bemüht gefunden hat, die Nachricht zu demütigen. Es ist ihr wahrscheinlich gar nicht unangenehm, in den Geruch zu kommen, als habe sie sich vor Herrn von Puttkamer noch tiefer gedemütigt als der Schweizerische Bundesrat.

Kein Zweifel, der Zeilenreißer, der die Ente in die Welt gesetzt hat, hat damit der belgischen Regierung durchaus kein Unrecht zugefügt. Schon vor nahezu 14 Tagen wußte ein gleichgesinnter „Held der Feder“ aus Brüssel zu berichten:

„Aus Bern ist hier gemeldet worden, daß die aus dem Schweizerischen Bundesgebiet ausgewiesenen Sozialdemokraten Kotteler, Schläter und Bernstein sich hier aufhalten und die Redaktion des „Sozialdemokrat“ nach Brüssel verlegen wollen. Einen ungünstigeren Gedanken könnten die ausgewiesenen Sozialisten nicht haben, da die belgische Regierung die geringste Lust verspürt, fremde sozialdemokratische Wähler bei sich aufzunehmen. Sie hat an den eigenen Ausweisungen bereits mehr als genug. Sollten die erwähnten Sozialdemokraten hierher kommen, so haben sie binnen 24 Stunden den Ausweisungsbefehl zu gewärtigen.“

So wörtlich zu lesen in der Münchener „Allgemeinen Ztg.“ vom 29. April, und unserer lieben „Tante“, der Neuen Zürcher Zeitung, wurde um dieselbe Zeit das Rämlische berichtet. Wahrscheinlich von demselben Offiziosus, nur daß er im Münchener Weltblatt mit einem Quadrat, im Zürcher Geld-Lachsmonteur mit einem W. (des Weh!) zeichnet.

Also „binnen 24 Stunden“ hätten unsere Genossen den Ausweisungsbefehl zu gewärtigen, noch ehe sie den geringsten Versuch gegen die Gehege Belgiens, die geringste Handlung auf belgischem Boden begangen, durch welche deutsche Behörden sich beleidigt fühlen könnten.

Eine saubere Praktizierung des Asylrechts, das muß man sagen. Aber unterdrücken wir vorläufig jede Bemerkung, und hören wir erst einmal, was in derselben Korrespondenz, der wir den obigen Satz entnommen haben, weiter zu lesen war.

Da heißt es gleich in der Einleitung:

„Am letzten Sonntag hat Prinz Viktor Napoleon in seiner Wohnung in der Avenue Louise abermals mit seinen Getreuen Kriegsrath gehalten. Dießmal waren die Präsidenten der hervorragenden bonapartistischen Wahlkomitee in der Provinz nach Brüssel berufen worden, denen sich als Vertreter des imperialistischen Zentral-Wahlkomitee in Paris die Grafen de Nicolay, de Bethune und de Juigné anschlossen. Bekanntlich hat der Präsident die Leitung seiner Partei seit einigen Monaten persönlich in die Hand genommen, und man muß in der That gestehen, daß die Bonapartisten, denen man noch vor einem Jahre keine besondere Bedeutung beigemessen hatte, heute die disziplinirteste und bestorganisirte Partei Frankreichs darstellen. Das gilt wenigstens ganz entschieden von den Viktorianern. Daß das eben erwähnte Komitee der Boulanger-Frage ist, ist selbstverständlich. Es handelt sich aber auch um die Bekämpfung des Wortlautes des Manifestes, welches der Prinz an das französische Volk richtete.“

Es wird dann ausgeführt, wie die Bonapartisten hoffen,

daß die Kammerauflösung in Frankreich unvermeidlich sein werde, und wie die „Imperialisten“ mit den Boulangeristen Hand in Hand gehen und die boulangistische Agitation mit Geld unterstützen, um vermittelst ihrer die Zersetzung der Republik herbeizuführen.

Weiter berichtet derselbe Herr 5 Tage später (am 29. April) aus Brüssel:

„In der Avenue Louise (Wohnung des Prinzen Viktor Napoleon) glaubt man zuverlässig, daß bis zum Herbst die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung der Neuwahlen nothwendig geworden sein werden, und die außerordentliche, sieberhafte Thätigkeit, welche im hiesigen bonapartistischen Hauptquartier herrscht, beweist, daß die imperialistische Partei den Ernst der Lage erfährt hat. Das Hôtel des Prinzen Viktor Napoleon, welches anderthalb Jahre lang einsam und verlassen dastand, ist jetzt täglich der Sammelplatz bonapartistischer Häupter und Agenten. Heute erst empfing der Präsident in seiner Wohnung die Direktoren der imperialistischen Presse unter Führung des Herrn Guyon, Direktors der „Patrie“. Und bei allen diesen bonapartistischen Konventen handelt es sich um Wahlinstruktionen. Daraus geht wohl deutlich hervor, daß die Bonapartisten die Auflösung der Kammern als nahe bevorstehend und unvermeidlich betrachten.“

„Sammelplatz bonapartistischer Häupter und Agenten“, „sieberhafte Thätigkeit“, „Hauptquartier“, „Kriegsrath“, die Ausdrücke sind wirklich recht gut gewählt für die Sache, um die es sich handelt — eine Verschwörung gegen die französische Republik, mit welcher die belgische Regierung offiziell die „freundschaftlichsten Beziehungen“ unterhält, genau wie es zwischen der Eidgenossenschaft und Deutschland der Fall. Aber diese „freundschaftlichen Beziehungen“ hindern die belgische Regierung durchaus nicht, die bonapartistische Verschwörung gegen die Republik sich ganz offen organisiren zu lassen, dieselbe belgische Regierung, welche unsere Genossen, sobald sie den Boden ihres Landes betreten, binnen 24 Stunden an die Grenze schaffen will.

Was geht daraus hervor? Daß hier zweierlei Recht beobachtet wird, und zwar in doppelter Hinsicht.

Zweierlei Recht in Bezug auf die Oppositionsparteien, um die es sich da handelt. Zweierlei Recht in Bezug auf die Regierungen, um deren Opposition es sich da handelt. Hier Bonapartisten und die Republik, da Sozialdemokraten und die reaktionäre Monarchie.

Die Bonapartisten werden geschont, und die Sozialisten werden ausgewiesen. Warum? Sind etwa die Sozialisten gewalthätiger als die Bonapartisten? In keiner Beziehung. Die Bonapartisten sind die Partei des Staatsreichs, sie arbeiten offen darauf hin, die Republik zu stürzen, und zwar sobald als möglich. Auch die deutschen Sozialisten erstreben einen Wechsel der Regierungsform in ihrem Heimathland, aber er bildet nicht, wie der Sturz der Republik bei den Bonapartisten, den Springpunkt ihres Aktionsprogramms in der Jetztzeit, sondern ist als schließliches Resultat der erstrebten politischen Reformen vorausgesetzt. Die Sozialdemokratie ist eine Partei der Propaganda, der Bonapartistismus eine richtige Verschwörung. Trotzdem werden die Bonapartisten geduldet, die Sozialdemokraten ausgewiesen.

Weiter. Die Bonapartisten haben in Brüssel für ihre Verschwörung das Hauptquartier. In Brüssel ist die Zentralstelle, von Brüssel aus werden die Fäden der Intriguen gesponnen, mit denen die Partei in Frankreich wider die Republik operirt, in Brüssel wird die Parole ausgegeben, nach der die Agenten des zukünftigen Erdrosslers der französischen Republik zu arbeiten haben. Kein Mensch wird ein Ähnliches in Bezug auf unsere ausgewiesenen Genossen behaupten wollen. Selbst wenn sie den „Sozialdemokrat“ nach Brüssel verlegt hätten, hätten sie damit noch nichts geschaffen, was sich mit dem bonapartistischen Verschwörungszentrum auf eine Stufe stellen ließe.

Der „Sozialdemokrat“ hat zu keiner Zeit die Haltung der Partei im Lande diktiert, er war immer nur ihr Organ, nie ihr Diktator. Er ist nur das Mundstück einer unterdrückten und in ihrer freien Meinungsäußerung beschränkten Partei. Er ist ein Organ der Propaganda, der politischen Aufklärung, nicht der Konspiration. Nichtsdestoweniger werden seine Redakteure ausgewiesen, und der Verschwörungsprinz mit seiner beständig hegenden Gesellschaft wird weiter geduldet.

Und warum diese verschiedene Behandlung? Die Erklärung dafür ist bald zu finden.

Der „Sozialdemokrat“ ist der Anwalt der Unterdrückten. Er vertritt die Interessen des Proletariats, der ausgebeuteten Klasse der Gesellschaft, und bekämpft die Privilegien des Ausbeuterthums, der politischen und sozialen Gewaltthäter. Prinz Viktor Napoleon aber, der Sprößling Plon-Plon's, vertritt die Interessen einer Clique der vornehmen Sippchaft, er will das Privilegium, den Geldsack, das Recht auf Ausbeutung und Unterdrückung in alle Ewigkeit „konserviren“ — was man auf Deutsch retten heißt. Hinter ihm steht nicht eine geächtete, schwachvoll unterdrückte Partei von Proletariern, von Habenichtzen, hinter ihm stehen hochmüthige Grafen und Barone, Abkömmlinge von Strauchdieben der Landstraße und der Börse, die es „zu etwas gebracht“ haben. Er ist der Führer einer Partei der Reichen, und unsere ausgewiesenen Genossen Mitkämpfer der Partei der Armen.

Darum macht man mit ihnen kurzen Prozeß, und stört Prinz Viktor nicht in seinem — Hauptquartier.

Uns Sozialdemokraten ist dieses zweierlei Maß nicht neu, wir wissen, daß, wo es gegen die Arbeiter geht, die D—amen Justiz und Polizei ein ganz anderes Gesicht zeigen als gegen das Ausbeuterthum. Wir sind auch überzeugt, daß die sechs Bundesväter in Bern, die für die Ausweisung der vier Genossen gestimmt haben, sich wahrscheinlich weniger nachgiebig gegen Bismarck-Puttkamer gezeigt hätten, wenn es sich um Vertreter kapitalistischer Parteien gehandelt hätte, sei es auch nur aus Furcht vor dem Geschrei der Geldsackpresse, das alsdann ganz anders getönt hätte, als die jetzige Opposition gegen den Bundesbeschuß. Wir wundern uns nicht über dies zweierlei Recht, wir haben auch keine Lust, darüber ein großes Jammern anzustellen, wir wollen nur den Arbeitern zeigen, woran sie sind, was sie von den heutigen Machthabern zu erwarten haben. Arbeiter, erwacht aus dem Schlummer, in den das Ciapopeia vom gleichen Recht Euch gewiegt, schauet um Euch und raffet Euch auf, Euer Recht selbst zu wahren. Nehmt Euch ein Beispiel an dem Verhalten Eurer Feinde. Sie sind, wo sie ihr Interesse gefährdet sehen, sofort bei der Hand. Wenn ihrer zehn beisammen sind, so schreien sie für hundert, Ihr aber laßt im Vertrauen auf Eure gute Sache alles gebuldig über Euch ergehen und regt Euch gewöhnlich erst, wenn es zu spät ist. Wachtet auf, Arbeiter, schaaht Euch um Eure Fahne, zeigt Euren Drängern, daß Ihr, die enterbte Klasse der Gesellschaft, zwar an Geldmitteln arm, aber durch die Zahl Eurer Streiter eine Macht seid, und man wird Euch respektiren, wie man heute mit Euch spielt.

Aufgewacht, wenn Ihr nicht ewig die Gefoppten sein wollt! Küßt Euch, wo man Einem der Euren zu nahe tritt! Vernet von den Gegnern, kämpfet mit zehnfacher Energie für Euer Recht, wie sie für ihr Unrecht kämpfen, nur so werdet Ihr Eurer Unterdrückung ein Ende machen —

„Und sehet Ihr nicht das Leben ein, Nie wird Euch das Leben gewonnen sein!“

Aber die Sache hat neben ihrer sozialen auch ihre politische Seite. Der „Sozialdemokrat“ ist ein Dorn im Auge der Machthaber des monarchischen Deutschlands, Prinz Viktor Napoleon konspirirt gegen den Bestand der französischen Republik. Belgien ist gleich der Schweiz ein neutraler Staat, und doch hält die belgische Regierung es mit ihrer Neutralität für vereinbar, offensündige Verschwörungen gegen den Bestand eines benachbarten Staates auf ihrem Territorium zu dulden, sie sieht es ruhig mit an, daß in Brüssel das Hauptquartier der bonapartistischen Konspiration organisirt wird. Wären Licht und Schatten vertheilt, so würden wir kein Wort darüber verlieren; dem ist aber, wie Figura zeigt, nicht so.

Belgien ist ein „Verschwörungsherd“ für Antirepublikaner, aber kein Ayl für Antimonarchisten. Die pfäfflich-reaktionäre Gesellschaft, die dort am Ruder sitzt, handelt da ganz ihrer Natur gemäß. Belgien ist ja selbst eine Monarchie und der König dieses Musterstaats ein geschwornener Gegner der Republik. Wenn aber der belgischen Monarchie ihre Neutralität nicht verbietet, Verschwörern gegen die große Nachbar-Republik die weiteste Bewegungsfreiheit zu gewähren, warum soll mit einem Male die Neutralität der schweizerischen Republik es verlangen, daß dieselbe deutschen Republikanern, die lediglich von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch machen, das Ayl verweigert?

Hier liegt eine schreiende Ungleichheit vor, die allein schon zum lautesten Protest wider jede Nachgiebigkeit gegenüber den reaktionären Regierungen herausfordert.

Wir protestiren gegen dies zweierlei Recht, wir verlangen gleiches Recht für Alle, und wenn man es uns vorenthält, wenn man die Politik der „heiligen Allianz“, die längst von der Geschichte gerichtet ist, und die man bisher auf Nimmerwiedersehen begraben glaubte, wieder zur maßgebenden in Europa erheben will, nun, so darf man sich auch nicht wundern, wenn die Völker eines Tages eine Antwort darauf geben, im Sinne der auf die alte „heilige Allianz“ gegebenen — nur etwas zeitgemäßer.

Denn wir schreiben heut acht und a h z i g, Ihr Herren!

Briefe aus Deutschland.

Deutschland, Anfang Mai.

Die Freude unserer Reptilien über die Ausweisungen aus der Schweiz war sehr kurzlebig. Daß der vermeintlich niederschmetternde Schlag, der die Sozialdemokratie auf Gnade und Ungnade der deutschen Polizei überliefern sollte, nur ein Schlag ins Wasser ist, das hat nachgerade sogar Herr von Puttkamer selbst kapirt. Man irrte sich sehr damit, daß der Schweizerische Bundesrat, der dieses Mal so entgegenkommend gewesen, sich auch zu weiteren Freundlichkeiten entschließen und, wenn es gar nicht anders geht, das Ausweisungsbefehl auch auf — Schweiz ausdehnen werde. Mit anderen Worten, daß er die Nachgiebigkeit so weit treiben und um der schönen Augen der Puttkamer, Frling-Mahlow und Genossen willen die Schweizer Gesetzgebung und die Schweizer Unabhängigkeit auf dem Altar der internationalen Polizei opfern werde. Zu den Leuten, die das für möglich halten, gehört (Refer. 24

wirft staunen — oder auch nicht, wenn Du ein Gedächtnis hast!) die fortgeschrittene — „Bosliche Zeitung“. In ihrer Nummer vom 30. April sagt dieses Blatt (im redaktionellen Theil):

Unter den Mittheilungen aus der Schweiz veröffentlichten wir eine an der Spitze des Zürcher „Sozialdemokrat“ erscheinende Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Sozialdemokraten den vom Bundesrath geführten Schlag der Ausweisung der vier Hauptbeteiligten an jenem Blatte pariren zu können hoffen. Der „Sozialdemokrat“ wird fortgehen, und zwar an seinem bisherigen Erscheinungsorte, nachdem der Schweizer Sozialdemokrat Conzett die Redaktion des Blattes übernommen hat. Derselbe erklärt, daß er das Parteiorgan in dem bisherigen Geiste weiterführen werde. Wenn der Bundesrath es nicht dulde, daß Ausländer von dem Allen zusehenden Rechte der Pressefreiheit Gebrauch machen, so könne er es doch Schweizerbürgern nicht verbieten. Allein die Auffassung, daß der Bundesrath Schweizerbürgern den heimischen Boden nicht wegen Gefährdung des Staats unter Umständen eben so wie Fremden unter den Füssen wegziehen könne, scheint uns nicht ganz sicher zu stehen. Abgesehen von der Thatsache, daß der Bund im Jahre 1873 den Schweizerbürger Bischof Remillod im Interesse der Eidgenossenschaft und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ausgewiesen hat, unterliegt die Verfassung auch nur den Kantonen die Verbannung ihrer Bürger, nicht aber ist der Bund durch sie in diesem Rechte beschränkt. Wenn der „Sozialdemokrat“ unter der neuen Schweizerischen Redaktion also glauben sollte, sich jeder Mäßigung im Vertrauen auf die Pressefreiheit enthalten zu können, würde die Partei selber vermuthlich am schlechtesten dabei fahren. Dagegen scheint allerdings festzustellen, daß die Ausweisung der vier fremden Sozialisten an der Thätigkeit der Sozialdemokratie in der Schweiz nichts ändern wird, während andererseits die Bereitschaft, mit der die Schweizerische Sozialdemokratie der deutschen hier zu Hilfe kommt, der „Internationalen“ neuen Rhythmus giebt.

Der Vergleich mit Remillod ist durchaus unzutreffend. Damals handelte es sich um einen Konflikt mit dem Ausland, in welchem Remillod auf Seiten des Auslandes (des Papstes) stand — womit freilich die Aufregung der katholischen Kirchenfürsten, die sich übrigens gleichfalls als ein Schlag ins Wasser erwies, keineswegs gerechtfertigt sein soll. Im Falle des „Sozialdemokrat“ würde es sich aber einfach darum handeln, ob ein Schweizer Bürger, der von seinem Schweizerischen Recht der freien Meinungsäußerung gesetzlich Gebrauch macht, deshalb, weil er dies thut, einer fremden Regierung zu Liebe aus seinem Heimatlande getrieben werden kann. Das wäre ja noch schlimmer als die Expropriation, welche den unter einem Ausnahmefolge lebenden deutschen Sozialdemokraten seitens der Herren Bismarck, Puttkamer und Kompagnie zugebracht war und — ist.

Die „Bosliche Zeitung“, die beiläufig schon früher verschiedene höchst bedenkliche Seitenprünge dieser Art gemacht hat, kann völlig unbesorgt sein — die deutsche Sozialdemokratie wird nichts thun, was die Schweiz in Verlegenheit bringen könnte.

Und nun von der deutschen Mithre. Der Streit war nicht um des Kaisers Bart, aber um des kranken Kaisers Person wird mit ungeschwächtem Eifer fortgesetzt. Nur daß die journalistische Meute, welche den Chef des Reptilienfonds bei seiner Kampagne etwas zu laut unterstüzt hatte, zum „Kaisers“ Kommandirt worden ist. Der unterirdische Kampf ist darum nicht minder heftig; und die Herren Stöcker und Kompagnie rufen sogar den Willen des Himmels an, indem sie dem Sonntagsgedicht den lieben Herrgott bitten, den armen Kaiser doch durch einen sanften Tod recht bald von seinem Leiden — will sagen: Einfluß auf die Regierung zu erlösen!

Man würde es nicht glauben, wenn die Thatsache nicht über jeglichen Zweifel erhärtet wäre.

Und woblgerührt: die Pfaffen, welche so beten, und die Patrone, welche so beten lassen, behaupten ihre Hingebung an das Kaiserhaus und ihre Begeisterung für das monarchische Prinzip.

Herr Bismarck zeigt hier wieder einmal sein großartiges Desorganisations-talent. Nachdem er das Gottesgnadenhumor bombardirt, die preussische Bureaucratie unterminirt, das deutsche Bürgerthum demokratisirt hat, räumt er nun auch mit dem Kultus des Höfenzölnernthums auf. Besser könnte er nicht den „allgemeinen Unsturz vorbereiten“ — um eine seiner Polizei geläufige Redewendung zu gebrauchen.

Die Kerzte des Kaisers sind beiläufig ebenfalls in den politischen Kampf hineingetrieben worden und liegen einander in den Haaren. Herr von Bergmann, der vorigen November dazu auferstehen war, die Exekution des damaligen Kronprinzen zu vollziehen, ist so während über den „Wulfer“ Madenzie, der jene glorievolle Exekution verhindert, daß er, unterstützt von einer großen Anzahl hoher und sehr hoher Herren, gegen denselben einen journalistischen Feldzug eröffnete, der ihm jedenfalls keine Vorbeeren, wohl aber die sprichwörtliche Selbstüberhebung und Reibhammerlei des deutschen Junggelehrten in vollstem Maße zum Ausdruck gebracht hat.

Nachdem Herr von Bergmann durch seine Hegeereien den Chef aller wahrhaft Gehilben erregt, mußte er dieser Lage sein Amt bei dem Kaiser niederlegen. Unter der Hand hegt er natürlich weiter.

Im Verlaufe dieser widerwärtigen Polemik, welche die bodenlose Korruption unserer höchsten Gesellschaft aufdeckt, entfaltete Madenzie das Wort, die Militärpartei sei es, die ihn verunglimpfe. An dieses Wort knüpfte sich die „Bosliche Zeitung“, welche auch bei dieser Gelegenheit ihre Aufgabe als cloaca maxima vorzüglich erfüllt hat, und fragt Herrn Madenzie scheinheilig, was denn das sei, die „Militärpartei“ — sie, die unschuldige cloaca maxima, wisse nichts davon.

Nun, wir wollen der „Boslichen Zeitung“ und ihren duffenden Geschwistern sagen, wer und was die „Militärpartei“ ist.

Die „Militärpartei“ sind die Patrone, welche im vorigen Herbst auf die Ausschneidung des Kronprinzlichen Rehkopfes drängten und Jeden, der an dem daliegenden Tod des Kronprinzen zu zweifeln sich erdreiste, für einen Reichsfeind erklärten. Die „Militärpartei“ sind diejenigen, welche sich die äußerste Nähe gaben, den nicht-„regirpirten“ Kronprinzen zum Verzicht auf die Krone zu bewegen.

Die „Militärpartei“ sind die Junker und Pfaffen, welche diesem Kronprinzen, nachdem er trotz ihnen Kaiser geworden, den geleisteten Treueid dadurch beträchtigen, daß sie ihn als todtten Mann hinstellen, für dessen „Erlösung“ in den Kirchen zu beten ist.

Die „Militärpartei“ sind endlich — um auch zu dem Grund des Zieles zu kommen — die Politiker und Militärs, welche seit Mitte der 70er Jahre mit jähem Ausdauer den Plan verfolgen, die französische Republik zu überfallen und Frankreich zu einer Weltmacht zu erweitern oder dritten Ranges herabzudrücken.

Die „Militärpartei“ glaubt in dem jetzigen Kronprinzen ein geeignetes Werkzeug gefunden zu haben, während der bürgerlich angehauchte Kaiser die Erhaltung des Friedens wünscht. Ihr Ideal ist das Bündniß mit Rußland, — die Weltbeherrschung getheilt zwischen Rußland und Deutschland — und, durch Herstellung Frankreichs, „der Krater der Revolution“ auf immer verstopft.

Wer die Ereignisse des letzten Jahrzehnts und namentlich die jüngsten Vorgänge genau verfolgt hat, wird finden, wie systematisch an der Verwirklichung dieses Planes gearbeitet wird.

Die Hindernisse sind freilich groß. Rußland giebt sich zu dem Bündniß nicht her, außer um den Preis der europäischen Türkei — und dann können England, Oesterreich und Italien nicht auf russisch-preussischer Seite stehen. Allein Bismarck sowohl als der russische Zar sind zu verworrenen Spielen gezwungen, und Wilhelm der Dritte ist von der Kühnheit des Militärs und des Militarismus so erfüllt, daß er das Abenteuer wohl wagen dürfte. —

## Aus Frankreich.

Paris, 5. Mai 1888.

Das Auftreten eines Demagogen, und nicht einmal übermäßig geschickten Demagogen, wie Boulanger, hat genügt, den moralischen Bankrott

der Bourgeoisie in Frankreich aller Art vor Augen zu führen. Unter dem Gesicht, „die Republik ist in Gefahr“, suchten die verschiedenen Parteien, welche das Kunststück fertig gebracht, Frankreich in siebzehn Jahren Republik an den Rand der Diktatur geführt zu haben, sich und das Volk über die Situation zu täuschen; sie haben damit indes nur ihre Impotenz bewiesen. Gewiß, die Republik ist in Gefahr, allein weit weniger durch die Umtriebe und Intrigen des Generals und seiner Hintermänner, mögen sie alle noch so plebisit und diktatorisch sein, als durch die Mithre der opportunistischen Bourgeoisie, welche den Namen der Republik mißbraucht, um an dem Volke eine Ausbeutung ohne Gleichen zu üben. Im Großen und Ganzen ist nichts, fast gar nichts geschehen, was den Hoffnungen, welche die Masse an die Republik geknüpft, gerecht geworden wäre, dagegen sehr viel, was an ihren Vorzügen irre machen konnte. Steuern und Abgaben sind ins Maßlose gewachsen, die Finanzen des Staates trotzdem schwer erschüttert, Handel und Industrie fallen aus einer Krise in die andere, Arbeitslosigkeit und Elend nehmen immer riesigere Dimensionen an. Das eigentliche Wesen der Erscheinung, die momentan als Boulangismus auftritt, ist das aus obigen Umständen folgernde, sehr berechtigte Mißbehagen der Nation. Die Kundgebungen für die Person des Generals sind nur die zufällige und unverständige Ausdrucksform der allgemeinen Unzufriedenheit. In Folge unbegreiflicher Dummheiten seitens verschiedener opportunistischer Kabinete, die zum Untergrund der Kasse ward, verschaffte sich das nationale Mißbehagen unter dem Namen Hingrunder, es hätte sich ebenso gut unter dem Namen Ruy kundgegeben. So lange der General nur populär war, blieb er ungefährlich, seine diktatorischen Ränder, grobe und flüchtige Kopien napoleonischer Kasse, erhielten erst Halt durch die Bundesgenossenschaft von Monarchisten und Bonapartisten, die ebenso wie er auf die bestehende Unzufriedenheit der Masse spekulirten. Diese ist und bleibt der Kernpunkt der Frage, die in der Form des Boulangismus wohl bald begraben sein wird (die Agitation und die Erregung der Gemüther haben bereits bedeutend nachgelassen), um aber ebenso bald in einer neuen Form und so wiederholt aufzusteigen, bis wenigstens die dringendsten Reformen in Kraft getreten sind.

Bei dem ersten Ausbruch des nationalen Mißbehagens, das sich in der Popularität Boulanger's äußerte, schlug den bürgerlichen Jungpolitikern das Gewissen und erfüllte sie mit entsetzlicher Angst. Ihr Ruf von der bedrohten Republik lautet in einfacher Deutsch überetzt: „Die Periode unserer Macht, das Volk zu regieren und auszubilden, geht zu Ende!“ Und im Gefühl ihrer unsicheren Situation sanken sich Opportunisten und Radikale in die Arme, die Gruppe der Possibilisten sang: „Ich sei, gewähre mir die Bitte, im Euren Bunde der Dritte,“ und gab sich zum Schwanz der bürgerlichen Parteien her.

Daß die Possibilisten von Anfang an die gesammte Situation zu einer regen und energischen Propaganda gegen die plebisitären Anwendungen ausnützte, war nur zu billig. In der Folge ist die Fraktion aber wieder auf die schiefe Ebene der „praktischen Erfolge“ und einer nachten Opportunistspolitik getreten. Die antidiktatorische Agitation hat durch aufläuternde Propaganda auf Grund des sozialistischen Programms zu gelassen; die erste Forderung, welche die Situation behufs Bekämpfung der Boulanger'schei ergab, war die sozialistische Konzentration, auf welche auch verschiedene Anzeichen hoffen ließen, während der Anknüpfung an die bürgerlichen Parteien durch das Prinzip des Klassenkampfes, auf dem der moderne Sozialismus fußt, ausgeschlossen war. Die Possibilisten predigen hingegen die „republikanische Konzentration“ und marschiren Hand in Hand mit Radikalen und Opportunisten. Einer der Praktikanten erklärte in einer Versammlung ganz offen, daß für den Augenblick alle sozialen und ökonomischen Streitigkeiten bei Seite zu lassen seien, und die „gutgeleitete“ Presse ist voll des Lobes über die mißthätige Haltung dieser Fraktion der Arbeiterpartei; der „Temps“ singt wahre Hymnen auf den gewöhnlich so verabscheuten Joffrin und seine Freunde. Man wird dem gegenüber unwillkürlich an das Sprichwort erinnert: „Wenn uns unsere Feinde loben, so haben wir sicher eine Dummheit oder Schleichheit begangen.“ Wie einseitig die Possibilisten den Kampf gegen eine eventuelle Diktatur ausfallen, beweist vor Allem ihr täglich erscheinendes Blatt „Le Parti Ouvrier“. Die Behandlung des Boulangismus als Personenfrage, die Angriffe gegen den General nehmen darin einen so breiten Raum ein, daß für die Erörterung der sozialen und ökonomischen Fragen, die doch den Pfeiler des Sozialismus bilden, kein Platz ist. Die Possibilisten begründen ihre Haltung zwar mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Situation, die vor Allem die Erhaltung der Republik fordere, ein Punkt, in dem alle sozialistischen Fraktionen einig sind. Auch die Kollektiven, die unabhängigen Sozialisten, sowie trotz ihres Schweigens die Blanquisten sind die erbittertesten Feinde jeder Diktatur und bereit, mit allen Kräften für die Republik einzutreten, Gut und Blut für ihre Erhaltung einzusetzen.

Aber der lärmende Kampf gegen eine Persönlichkeit wie Boulanger ist ganz überflüssig. Eine derartige dreifache Null, wie Jola den „bravo général“ ganz treffend bezeichnete, wird durch die Zeit und schweigende Nichtbeachtung weit besser abgethan, als durch eine Agitation, welche seinen Namen immer wieder in den Vordergrund zieht.

Dies der Standpunkt der Kollektiven und unabhängigen Sozialisten, die denn auch, obgleich sie sich ganz energisch gegen die Diktatur und Boulanger erklärten, und dem Grund- und hirnlosen Personalaktus entgegengetreten sind, es doch abgelehnt haben, den Schwanz kapitalistischer Parteien zu machen. Diese prinzipiellen Momente sind auch maßgebend gewesen, wenn die letztgenannten, sonst so verständig gestimmten Fraktionen die Winde der Possibilisten zu einer antiplebisitären Konzentration nicht beachten konnten. Es war ihnen unmöglich, die Rechte der Possibilisten zu ergreifen, so lange deren Linke von Opportunisten und Radikalen gedrückt wird. Wie gesagt, die Größe der Gefahr rechtfertigt die Schwanzpolitik keineswegs, denn Alles in Allem genommen lag bis jetzt mehr ein hässlicher Streit der bürgerlichen Parteien vor, dem gegenüber die Sozialisten nur nachsahen zu sein hatten, damit die Masse nicht hineingezogen würde und schließlich die Besse besaße.

Die bedeutendsten geistigen Kräfte der sozialistischen Bewegung Frankreichs, Lafargue, Vaillant, Guesde, fassen die derzeitige Lage in diesem Sinne auf. Vaillant hat seinen Standpunkt in einer meisterhaften Rede vor seinen Wählern entwickelt, die seine Stellung durchaus gebilligt haben, obgleich die Possibilisten versuchen, das Schweigen der Blanquisten gegen Vaillant auszunutzen. Lafargue hat in einem längeren Brief an den „Intransigeant“ die Situation mit der ihm eignen Schärfe und Klarheit geschildert.

Die Taktik der Possibilisten erscheint unbegreiflich, wenn sie nicht die Vermuthung nahelegt, sie sei in Voraussicht der künftigen Deputirtenwahlen berechnet. Die „republikanische Konzentration“ wird wahrscheinlich dadurch belohnt werden, daß die bürgerlichen Parteien etliche possibilistische Kandidaten auf ihre Wahllisten setzen. Qui vivra verra — wer leben wird, wird sehen.

Der Pariser Gemeinderath hat endlich die von ihm beschlossenen Arbeitsbedingungen für städtische Arbeiten definitiv einführen können. Diese geschehen also von nun ab unter Beobachtung folgender Bestimmungen:

- a) Zwischenunternehmer sind ausgeschlossen.
- b) Bro Woche ist ein Arbeitstag obligatorisch.
- c) Der Arbeitstag ist auf 9 Stunden normirt.
- d) Für Tage, Stunden- und Stückarbeit setzt die Stadt einen Minimallohn fest, Ueberstunden sind 25 Prozent höher zu entlohnen, Nachtarbeit doppelt.
- e) Die Stadt übernimmt ein Zehntel der Arbeiten in Regie, um sie direkt an die Gemerkchaften zu vergeben.

f) Nicht mehr als ein Zehntel der bei städtischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter dürfen Ausländer sein.

Worgen finden in Frankreich die Kommunalwahlen statt. Nicht weniger als 36,000 Kommunen (Paris ist nicht inbegriffen, da es sich in kommunaler Beziehung in einer Ausnahmestellung befindet) haben ihren Gemeinderath zu wählen. Die Sozialisten nehmen in der Provinz wie eventuell in Paris, regen Antheil an Kommunalwahlen, die Resultate werden nicht nur zeigen, inwieweit sich die Republik befestigt hat, sondern auch, welche Ausbeutung der Sozialismus gewonnen. Genosse Guesde führt seit Wochen in Norddepartement eine glänzende Agitationskampagne, während der er auch der Boulanger'schei entgegengetreten ist, ohne dabei in die possibilistische Taktik zu verfallen. Aber den Ausfall der Wahlen werden wir seinerzeit berichten. O-n.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 9. Mai 1888.

Außer den bereits von uns erwähnten Demonstrationen in Bern und Zürich haben auch in den sonstigen größeren Städten der Schweiz, in Basel, Biel, St. Gallen, Genf, Solothurn, Winterthur, sowie noch in verschiedenen kleineren Ortschaften Protestversammlungen gegen die Ausweisung unserer vier Genossen stattgefunden, die sich sämmtlich im Sinne der Berner und Zürcher Resolution aussprachen. Ebenso haben verschiedene Bezirksversammlungen der Gräulivereine sich den Protesten gegen die Ausweisung angeschlossen. Daß sich in der Schweizerischen Presse nur sehr wenig direkte Anwälte der Ausweisung gefunden haben, haben wir bereits erwähnt. Sehr scharf wird dagegen die Ausweisung in der gesammten Arbeiterpresse, der großen Mehrzahl der demokratischen und einem Theil der ultramontanen Organe angegriffen; von den letzteren nennen wir als ganz besonders scharf das von Herrn Dr. Freymüller in Basel redigirte katholische „Volkblatt“. Von den in den verschiedenen Protestversammlungen aufgetretenen Rednern seien erwähnt, die Redakteure Locher in Winterthur und Kettler in Biel, Fürsprech Reichel, Stadtrath Schrag und Stadtrath Riesen in Bern, Großrath Arnold in Basel und Fürsprech Färholz in Solothurn.

Diese Männer, sowie überhaupt alle, welche in der Presse und in Versammlungen gegen die Ausweisung ihre Stimme erhoben, haben sich nach unserer Ansicht um die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes in hohem Grade verdient gemacht. Haben sie auch die Jurisdiktion der Maßregel nicht bezweifeln können, so haben sie doch dem Bundesrath in den Stand gesetzt, sich bei späteren, ähnlichen Zumuthungen auf diese Proteste des Schweizer Volkes berufen zu können. Diejenigen Schweizer Blätter aber, die aus Parteilichkeit die Protestdemonstrationen zu verkleinern suchen, stellen ihrem Patriotismus damit das denkbar schlechteste Zeugniß aus.

Am letzten Samstag fand im Kasino Hottingen eine von den Vereinigten Gräuli- und Arbeitervereinen Zürichs zu Ehren der Ausgewiesenen veranstaltete Abschiedsfeier statt. Dieselbe war angeführt der Thatsache, daß verschiedene Arbeitervereine ihrer Monatsversammlungen nicht hatten abfragen können und sich entschuldigen ließen, sehr gut besucht und von ausgezeichneter Geistesbelei. Genosse Merz, als Vertreter des Zentralausschusses, leitete die Feier, die er durch eine kernige Ansprache einleitete, in vorzüglicher Weise. Von anwesenden Schweizerbürgern sprachen unter großem Beifall Statthalter-Adjunkt (nach deutschen Begriffen etwa Untersuchungsrichter) Lang, Professor Dodel, Port, sowie Arbeitersekretär Greulich, Lehrer Seidel, Genosse Würtli und Conzett — alle mehr oder minder scharf gegen den Bundesrathbeschuß und die Ausgewiesenen ihrer mütterlichen Sympathie versichernd. Diese selbst nahmen ebenfalls zu kurzen, von der Situation entsprechenden Ansprachen das Wort und wurden von der Versammlung mit demonstrativem Beifall überhäuft. Dazwischen erklangen die Melodien sehr gut ausgemählter und mit kräftigem Schwunge vorgetragener Lieder. Mit einem von Genosse Würtli erbrachten Hoch auf den Fortbestand der Schweizerischen Republik schloß die Feier, die auf alle Theilnehmer einen wahrhaft erregenden Eindruck machte, und ganz besonders denen unergreiflich sein wird, die nun gewungen sind, den Boden der Eidgenossenschaft zu verlassen. Hoffen wir, daß sich die Worte bewahrheiten mögen, mit denen Herr Lang seine feurige Ansprache schloß und deren Grundgedanke auch die folgenden Reden durchzog: „Wir scheiden nicht für immer; in zehn Jahren wird sich Vieles ändern. Wir rufen: Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“

Die Sozialistenprozesse wachsen wieder wie die Pilze aus dem Boden hervor. Im Rheinland, wo die Zahl der Hausdurchsuchungen sich auf nahezu 500, in Worten hundert, belief, und die der Verhaftungen über 50 — scheint kein „Material“ gefunden worden zu sein. Für die 20 Genossen, welche in Haft behalten wurden, hat das — nach bekannter reichslicher Praxis — die unangenehme Folge, daß ihre Unterjuchungshaft in die Brezlau auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Mit Gottes und eines beliebigen Loos oder Lagen sozialer Hilfe muß sich ja schließlich doch etwas finden. — In Leipzig ist, nachdem wir vorigen Monat erst über den famosen Geheimbunde-prozess gegen die Steinmeyer zu berichten hatten, aus dem Flugblatt zum Andenken an den 18. März glücklich ein Konzertprozess herausbekannt worden. Von den 42 Genossen, welche verhaftet wurden, sind 21 noch heute im Gefängniß, obgleich die Untersuchung bereits geschlossen und die Anklageschrift schon vertheilt ist. Gegen alle 42 ist Anklage auf Verletzung des § 130 und gegen 2 außerdem noch auf Grund des § 129 erhoben. Wir hoffen, gelegentlich Näheres mittheilen zu können. Natürlich wird die Anklage von Herrn Oberstaatsanwalt Häußel vertreten, der die Sozialistenjagd nachgerade zu seiner Spezialität gemacht hat und gewissermaßen als Sport betreibt. — In Hannover haben in letzter Zeit verschiedene Behörden Hausdurchsuchungen, in denen nach einem Geheimbunde geschnüffelt wird. Mit welchem Erfolge, das läßt sich einstweilen noch nicht absehen. — Ferner hatte Kassel seinen eigenen Sozialistenprozess; in Berlin wird wieder ein neuer zurechtgefunden und es gibt wohl kaum eine Stadt in Deutschland, in der es Sozialisten gibt — und wo gibt es keine? — aus der wir nicht von Schnüffeleien, Spitzeleien, Hausdurchsuchungen und sonstiger staatskretischer Polizeithätigkeit hören. Man sieht so recht, welche jämmerliche Form eine Konzentration ohne gleichzeitigen Bruch mit der Possibilistschaft gewesen wäre. Gestern „amnestirt“, heute gestrichelt, verfolgt, ausgewiesen, eingesperrt. Der brave Hartwig, der vorigen Jahr auf karlelsbürgerliche Denunziation hin zu einem Jahr Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt ward, hat die Absurdität einer Amnestie unter heutigen Verhältnissen in seiner Person mit klaffender Deutlichkeit wahrirt. Er wurde vom Kaiser begnadigt und gleich darauf von der Polizei aus Hamburg ausgewiesen. Die Strafe, mit welcher ihn die Polizei in Folge der kaiserlichen Gnade bedachte, war jedenfalls weit schwerer als die Strafe, von welcher die kaiserliche Gnade ihn befreite; und wir hegen nicht den mindesten Zweifel, daß Hartwig es vorgezogen hätte, sein noch übriges Dasein „abzujagen“ und nicht ausgewiesen zu werden.

Uebrigens zeigt sich auch an diesem Beispiel die untergeordnete Stellung, in welche der deutsche Kaiser gegenüber der Polizei gebracht worden ist. Der Kaiser begnadigt und die Polizei bestraft den Begnadigten. Und das ist kein vereinzelter Vorkommniß. Die Hintansetzung des Kaisers wird mit Methode betrieben. Der „eiserne“ Kammer, der sonst sehr menschlichen ist, geht täglich in Berlin spazieren, und läßt sich als „Friedensfürst“ ansprechen. Denn nur Spitzel sind's, die sich dazu hergeben. Desgleichen regnet es Quationen für den jungen Wilhelm. Der Kaiser wird als nicht existirend betrachtet und das Publikum soll ihn als nicht existirend betrachten. Nun, uns kann's recht sein. Wenn aber Herr Bismarck und die übrigen Vertreter des herrschenden Systems die Absicht hätten, der Welt die Lächerlichkeit eines deutschen Kaiserthums am Ende des 19. Jahrhunderts ad oculos zu demonstrieren — sie könnten es nicht besser anstellen.

Wahrheit und — Dichtung im Lande der patentirten „Sozialreform“. Ein wahrhaft klassisches Beispiel dafür, welche Verwundung mit dem Begriff der Sozialreform jetzt in Preußen Deutschland getrieben wird, deutet die Berliner „Volkzeitung“ in einer Polemik mit der „Norddeutschen Allgemeinen“ auf. Das fortgeschrittene demokratische Blatt hatte an der Hand des vorerwähnten Werkes von Bez über die thüringische Hausindustrie den schändlichen Versuchung in der oberfränkischen Korbflechterei der Wäheren geschilbert und dabei dargelegt, wie die Arbeiter, nachdem ihnen ein volles Menschenalter hindurch die bairischen Behörden nicht hatten helfen können oder wollen, durch die Gründung eines Fachvereins den Versuch machten, sich selbst zu helfen, aber nach einem ersten Erfolge durch die Handhabung des Sozialistengesetzes an der weiteren Wahrnehmung ihres gesetzlichen Rechts durch gesetzliche Mittel gehindert wurden. Angesichts dieses von Bez urkundlich dargelegten Thatsachens nun hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die „eigentümliche Dreifigkeit“ schreiben:



Und weiter:  
„Die grausame Wahrheit der Zahlen mag freilich nicht angenehm zu hören sein, aber die Herren haben wohl nicht bedacht, wie klar sie damit den Grad dessen kennzeichnen, was die Arbeiter von den Besitzgebern solchen Maßes an ungeheurer Sympathie für Arbeiterinteressen zu erwarten haben.“  
Wenn nur die Arbeiter ihre Interessen halb so gut zu beherzigen wüßten, wie die Kapitalisten!

— Vom Zentralkomitee des Schweizerischen Gräblichvereins geht uns der Jahresbericht über den Stand dieser trefflich geleiteten und vom besten Geiste erfüllten Organisation, umfassend den Zeitabschnitt vom 1. Oktober 1886 bis 30. September 1887, zu. Wir entnehmen demselben folgende interessante Zahlen:

Die Zahl der Sektionen hat sich im Vorjahr um 28 vermehrt, und beläuft sich jetzt auf 263, die Mitgliederzahl ist von 11,080 auf 12,473 angewachsen, und dementsprechend ist auch die Auflage des „Gräblichers“ auf über 12,000 gestiegen, so daß unser tapferer Kollege jetzt zu den verbreitetsten Blättern der Schweiz gehört. Der Gräblichverein ist, nachdem sich ihm im vergangenen Jahre auch der Kanton Unterwalden erschlossen, nunmehr in allen Kantonen der Schweiz vertreten. Die Einnahmen des Gesamtvereins belaufen sich auf Fr. 145,957. 79, die Ausgaben auf Fr. 135,790. 12, das reine Vermögen wies die anschauliche Summe von Fr. 109,293. 49 aus. Für Wohlthätigkeitszwecke u. wurden, von der Krankenkasse abgesehen, Fr. 14,316 verausgabt. Für die Bibliothek wurden 2504 Bände angeschafft, die selbe umfaßt jetzt 37,097 Bände im ungefähren Werth von Fr. 66,304. Das Zentralkomitee hielt 36 Sitzungen, erledigte dabei 705 protokollirte und mehrere hundert unprotokollirte, darum nicht protokollirte Geschäften, erließ 42 Kreisverordnungen und fertigte über 800 kopirte (und viele unkopirte) Briefe, darunter über 28 Eingaben von ganz bedeutendem Umfange an kantonale, eidgenössische und kommunale Behörden. Es waren Eingaben betreffend das Arbeitersekretariat, Schuldenried- und Konkursgesetz, Erfindungsschutz, Vollzug der Haftpflichtgesetzgebung u. s. w. Der Bericht gedenkt der im Vorjahr dem Verein entzogenen heroischen Genossen, u. A. des den Teilnehmern am St. Galler Parteitag unvergesslichen Ed. Saluz und des um die Sache der Fabrikgesetzgebung hochverdienten W. Klein, Regierungsrath und Nationalrath in Basel. Es folgen Spezialberichte über das Wirken der Gräblichvereine in den einzelnen Kantonen und ein „Kreuzer“ überdiesener, sehr interessanter Uebersicht über die wichtigeren Erscheinungen im sozialen und politischen Leben der Eidgenossenschaft. Berichte über die Thätigkeit der einzelnen Sektionen und ein statistischer Theil bilden den Beschluß des halbjährlichen Festes, dessen Studium in mehr als einer Beziehung zu empfehlen ist.

Wir können unsern kleinen Auszug nicht besser abschließen als mit dem Ausdruck einiger Sätze aus der oben erwähnten „Äußerung“ Rundschau. Sie zeigt am besten, in welchem Geiste der Schweizerische Gräblichverein heute geleitet wird.

„Die Stellung des Gräblichvereins zur projektirten Sozialreform auf eidgenössischem Boden.“ heißt es auf Seite 31, „wird sich in nächster Zeit kaum verändern. Wir betrachten den Verein als den Faktor, der diese Reformen möglichst zu beschleunigen und inhaltlich fruchtbarer für den Arbeiterstand zu gestalten hat. Wir stellen uns damit mit bewusster Absicht auf den Boden der positiven Gesetzgebung und hoffen, daß dieselbe im Anschluß an das Gegebene, historische Gewordene eine allmähliche Besserung der Verhältnisse erziele. Dabei verhehlen wir uns allerdings keinen Augenblick, daß es sich nicht um Palliativmittel handeln kann und darf, sondern daß eine Reform des Staates vom Haupt bis zu den Füßen, daß tiefgreifende Umgestaltungen speziell im wirtschaftlichen Leben notwendig sind, welche ihrerseits im Laufe der Entwicklung ihre Rückwirkung auf den Organismus des Staates als solchen äußern müssen. Auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens gibt es keine Revolutionen, gibt es nur Evolutionen, keine totalen Wandlungen durch gewaltsamen Akt oder momentanen Willensentschluß einer Mehrheit, sondern nur allmähliche Umgestaltung. Alle Revolutionen, welche die Weltgeschichte gesehen hat, vermochten nur das Alte zu weichen; der soziale Körper ist derselbe geblieben, und wo ein Eingriff gelang, folgte stets der Aktion eine um so gefährlichere Reaktion. Menschlicher Wille mag ändern, langsam oder ruckweise, was kraft menschlichen Willens besteht, die Regierungsform, die Organisation der Staatsmaschine, die Rechte des Volkes. Die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung aber stehen, wenigstens für die Kulturzeit, auf der wir uns befinden, über dem Willen der Masse und können daher auch nicht durch einen Gewaltakt derselben aufgehoben oder beliebig umgestaltet werden; es sind Naturgesetze, die sich wohl viel gewaltiger als die meisten historischen bisher angenommen haben, in der Wirklichkeit der Völker geltend machen und die wir vor Allem erst auf dem Wege wissenschaftlicher Forschung erkennen müssen, um die schädlichen Wirkungen derselben in Zukunft besser vermeiden zu können.“

„An Universalheilmittel glauben wir nicht, nicht in der Medizin, nicht im Wirtschaftsleben; wir glauben nicht, daß menschliche Kraft plötzlich den Faden der geschichtlichen Entwicklung eines Volkes abschneiden, das natürliche Gebilde, welches dasselbe darstellt, in seine Klimate auflösen und aus diesen Atomen aus rein künstlichen Wege eine Maschine nach eigener Phantasie konstruieren kann. Aber wir können der gewaltigen Umwälzung, die sich heute vor Aller Augen vollzieht, die in ihrem reichen Fluße Tausende von Existenzen vernichtet und die, wie die Seher sagen, mit unübersehlicher Macht, vor der das schwache Wollen des Menschen sich beugt, dem sozialen Staate entgegensteht, vorarbeiten; wir können das Strombett frei machen, den Schmelzen zu Hilfe eilen, die Toten befeuchten. Wir können dafür sorgen, daß die Sozialgesetzgebung nicht hinter der Zeit zurückbleibt, sondern mit dem raschen Gange der Entwicklung Schritt hält. Der Sozialstaat wird kommen, weil er kommen muß; er wird kommen mit oder ohne unser Zutun, mit oder ohne staatliche Erkenntnis und vorbereitende Gesetze. Aber die Umwandlung kann sich schmerzloser vollziehen, wo ein einflussreiches, vorurtheilsfreies Volk derselben lieber vorarbeiten hat.“

„Wir kämpfen und werden kämpfen für eine Sozialreform auf friedlichem Wege, für eine Sozialgesetzgebung, um unsern Staatswesen den großen Wandlungen, welche sich im sozialen Körper bereits vollziehen haben und noch ferner vollziehen, anzupassen. Das ist die große praktische Aufgabe der Zeit. Der Gräblichverein wird blühen und zu einem mächtigen und einflussreichen Volksverein sich ausbilden, so lange er sich mit ganzer Dingebeugung, klugem Sinn und regem Eifer dieser schönen und erhabenen Aufgabe widmet.“

Dazu rufen auch wir ihm ein herzliches Glück auf!

— Der Zürcher Kantonsrath hat in der vergangenen Woche einen Beschluß gefaßt, der ihm zur großen Ehre gereicht. Er hat mit 121 gegen 26 Stimmen die **Uneigentlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien** für die Primar- und Sekundarschulen beschlossen. Demnach ist die Volksschule nicht nur für die ersten sechs, resp. acht Elementarklassen, sondern auch für die drei Sekundarschulstufen vollständig unentgeltlich. In Deutschland streitet man, von den ländlichen Städten abgesehen, fast überall noch über die Aufhebung des Schulgeldes für die Volksschulen; selbst in dieser so elementaren Reform fehlt es an dem nöthigen Kleingeld. Da für hat Deutschland allerdings ein herrliches Heer, Ueberschuß an Junkern und Pfaffen und den größten Staatsmann, den die Welt je gesehen.

— Amerika. Ueber Joseph Dieggen's Verurtheilung berichtet die Chicagoer „Arbeiterzeitung“:

Einfach und befehlen, wie er gelebt, wurde unser theurer Todter begeben. Als sich diejenigen, welche an dem Begräbniß theilnahmen, in dem Traurhause Nr. 744 Sedgwick Str. versammelt hatten, hielt der Sozialökonom Herr L. Groenlund aus New York, den seine Agitationsreise seit mehreren Tagen in Chicago weilen läßt, in englischer Sprache über das Thema: „Ist das Leben lebenswerth? eine kurze Rede, in welcher er in warmen Worten nachwies, daß ein Leben, welches wie das des Verstorbenen dem Streben nach einem Ideal gewidmet war, wirklich lebenswerth sein muß. Der Redner gab auch eine kurze Geschichte der legendären Thätigkeit des Verstorbenen speziell in Deutschland und wies darauf hin, daß die zahlreichen von ihm verfaßten Bro-

schüren zu den besten gezählt würden, durch welche die Massen aufgeklärt und zur Erkenntnis ihrer Rechte gebracht werden.

Als er geendet, drückten die Kinder weinenden Auges den letzten Kuß auf das auch im Tode vollständig unveränderte, edle Antlitz ihres so innig geliebten, unvergesslichen Vaters, und dann wurde der Sarg, die letzte enge Kapsel für einen Mann, welcher die gesamte Menschheit in sein Herz geschlossen, für sie gekämpft, gearbeitet und gebüdet hat, für immer geschlossen.

Vor dem offenen Grabe auf dem Friedhof zu Waldheim hielt Herr J. Christensen die Grabrede. Er wies nach, daß das Leben des (schlichten) Mannes, um dessen Grab die Anwesenden versammelt seien, mehr werth und der Menschheit nützlicher gewesen sei, als das Leben irgend eines Potentaten. Am Faden dieses Gedankens gab er auch eine kurze Lebensgeschichte des Verstorbenen, und kam ausführlicher auf dessen Thätigkeit an der hiesigen „Arbeiterzeitung“ zu sprechen. Er sprach sein Bedauern aus, daß die Mitglieder der Redaktion in ihm ihren würdigen Freund und Berater, das leuchtende Beispiel aufopfernder, selbstloser Thätigkeit verloren hätten, und schloß mit der Mahnung, an dem Grabe dieses Mannes das Gedächtniß abzuliegen, selbstlos, wie er, alle Kräfte dem Dienste der großen Sache der Emanzipation der Menschheit zu widmen.

Nachdem darauf noch Herr L. Groenlund im Namen der „National-Exekutive der sozialistischen Arbeiterpartei“ von dem Verstorbenen Abschied genommen hatte, wurde der Sarg in die Gruft gesenkt, und bald verkündete der dumpfe Klang der aus ihm herabfallenden Erdschollen, daß wieder ein warmer Freund der Menschheit auf Nimmerwiedersehen aus deren Mitte geschieden ist.

Das Grab Dieggen's grenzt unmittelbar an die gemeinschaftliche Gruft unserer im November v. J. gesetzlich ermordeten Märtyrer, und ist das erste auf dem von der Friedhofverwaltung reservirten Terrain für die Todtenkolonie geordneter Freunde und Verehrer unserer Art.

Unter den zahlreichen Blumenpenden, welche auf das frische Grab des Verstorbenen niedergelegt wurden, befanden sich auch zwei prächtige von den Trägern der „Arbeiterzeitung“ und der „Sozialist. Publishing Society“ gemachte Kränze. Fast alle Kränze sowie auch der Sarg waren mit rothen Schleifen geschmückt.

## Korrespondenzen.

**Eberfeld.** (Polizeistimmen.) Wuppertal, das Thal der Rader, kann nun stolz sagen: Endlich rückt man auch hier den bösen Sozialdemokraten auf den Pelz. Ja, wenn das so einfach wäre. Doch der Wunsch scheint der Vater des Gedankens zu — bleiben. Knäpfernd 4 Wochen sitzen nun hier eine Anzahl der besten Genossen in Untersuchung, und noch immer hat keine Vernehmung stattgefunden. Ob das Ei des Kolumbus noch entdeckt werden wird, wer weiß es?

Doch nun ein anderes Bild. Zur Kennzeichnung unserer Polizei-wirtschaft dient heute folgendes.

Seit zwei Jahren haben wir hier als Hüter der Ordnung den früheren Fußgänger von Schwelm, Kammhoff mit Namen. Als erste Aufgabe seines Berufes scheint er die Betrachter zu haben, sich der Freundschaft und Liebe verschiedener Wirthe und Bierreisender zu vergewissern. Und die wurde ihm auch zu Theil. So fand er einen heißen Bewunderer in dem Gastwirth Biermann, dem ingeniösen Beranrhalter unterhaltenerer Kuschele nach den benachbarten Ortschaften, die ihrerseits wiederum den Beifall Kammhoff's fanden. Auch die Mehrzahl der Kollegen, selbst der Polizei-Inspektor Dahnz berührten den Gedanken, besuchten gern die Biermann'schen Gesellschaftsabende, und allen gefiel es dort sehr wohl. Das Herr Biermann sich ein recht zahlreiches Damenpersonal hielt, und diese Damen sich zuweilen im Lokal wie auf der Straße etwas ungenirt benahmen, hat natürlich mit der Polizeifreundschaft nichts zu thun — wo die Polizei wacht, herrscht Zucht und gute Ordnung, und nur im Irrethum konnte es geschehen, daß gelegentlich einzelne dieser Damen von Wächtern auf der Straße angehalten wurden. Die Worte: „Ich logire bei Gastwirth Biermann“, lärteten Jeden sofort über die Sittenreinheit der betreffenden Dame auf. So kam das Lokal in immer besseren Ruf, und Wirth und Gäste befanden sich wohl dabei.

Wir gehen über einige andere Bekanntschaften des Herrn Kammhoff hinweg und wenden uns zur Schilderung weiterer lebenswärtiger Eigenschaften des Herrn zu.

Als Kammhoff insolge seiner „Tüchtigkeit“ mit der Ueberwachung der Sozialdemokraten am hiesigen Wirkungskreise zu Schwelm im neuen Glanze zu zeigen. Eines Tages trabte er in Begleitung seines Dufkreundes, Regger Kiebelbach, ein hier wohlbekanntes dunkler Ehrenmann, und des Reporters Drobos von der „Eberfelder Zig.“ hoch zu Ross zum Städtchen hinaus nach Schwelm, und da die Revue gut ausfiel, wurde sie am nächsten Tage fortgesetzt.

Die Schwelmer hatten das Vergnügen, ihren ehemaligen Fußgänger in Wirth und hoch zu Ross nebst Suite bewundern, und die Eberfelder das Vergnügen, die Rechnung für Ueberwachung eines beabsichtigten „geharnelten Sozialisten-Ausflugs“ bezahlen zu können.

Der Herr Polizeikommissar lebte fortan auf großem Fuße. Es wurde aber bald rüchbar, daß trotz zwei Jahren in hohen Würden verschiedene Kleinigkeiten nicht bezahlt seien, und wäre dem politischen Kommissar nicht ein gewisser Bewunderer rettend zur Seite gestanden, so wären Staat und Gesellschaft vielleicht einer ihrer festesten Säulen beraubt worden.

Trotz vielen Spotteln, welche ihm in mancherlei Formen zufließen, reichen seine Einnahmen zur Befriedigung seiner persönlichen Bedürfnisse nicht hin, und wurden seine Vertrauensleute (Spitzel) überhaupt nicht oder sehr dürftig bezahlt. Dieselben machten dann auf eigene Weise Rechnung, indem sie die Wirtschaften als Geheimpolizei aussuchten, zechten und den Wirthen — Patriotismus beibrachten. Einem dieser Ehrenmänner, Schöffler ist sein Name, holte Kammhoff eine ihm von der königlichen Staatsanwaltschaft für denselben ausgezahlte Renumeration von 70 Mark auszugeben verzeihen. Es kam zu wiederholten, zum Theil sehr häßlichen Auseinandersetzungen, schließlich aber hieß es doch: Ende gut, Alles gut. Schöffler hat jetzt ein Amtchen bei der hiesigen Armen-Verwaltung und ist zurubend.

Nach anscheinend glücklicher Ueberwindung mancher Zwischenfälle schwoß dem Kommissar der Ramm gewaltig, da es ihm auch gelungen war, einige Beigeordnete und selbst den Oberbürgermeister bei der hiesigen Staatsanwaltschaft als anständig zu verdrängen. Gelegentlich theilte er dann die Ansicht des Staatsanwalts mit, welcher zu ihm geäußert haben soll: „Ja, ja, wenn man den Keris auf der Straße begehet, so machen sie ein Gesicht, daß man alles Mögliche von ihnen erwarten kann, nur nicht Patriotismus.“

Seine periodischen Vorträge beim Oberbürgermeister bewegen sich seit Anfang vorigen Jahres in dem ihm von dem Staatsanwalt vorgezeichneten Rahmen. Als er im Laufe dieser Zeit vom Oberbürgermeister eine Klage erhielt, beantragte er auf Veranlassung seines Gönners, des Staatsanwalts, scheinbar seine Entlassung, selbstredend — der „Uneigentlichkeit“ wegen — ohne Erfolg. Und nun begann ein neues Mandat. Da der Oberbürgermeister die vom Staatsanwalt verlangte Schneid nicht zeigt, so sollten nunmehr Kammhoff und „Kollege“ Wüsting in Varnen „königlich“ — halt, wie bisher, städtisch — werden, um über den Kopf des Erstgenannten hinweg Berichte an ihn (den Staatsanwalt) zu übersenden. Zu diesem Behufe reiste der Herr Anfangs Januar vorigen Jahres zum Regierungspräsidenten. Dieser war jedoch anderer Ansicht und forderte in der betreffenden Angelegenheit vom Oberbürgermeister Bericht ein.

Kammhoff soll in dieser Zeit wiederholt geäußert haben: „Wenn ich einmal königlich sein werde und dem Oberbürgermeister keine Vorträge mehr zu halten brauche, dann sollen noch Verschiedene springen.“ Aus dem „Königlich“ werden wurde aber nichts, dagegen machte Kammhoff immer weitere Hochsprünge, bis sich schließlich sein Varnener Kollege gedungen schloß, dem Staatsanwalt Vorstellungen über das Treiben seines hiesigen Kollegen zu machen, die dahin lauteten, daß, was „wir“ durch Kammhoff's Vorgänger Sottich all verloren haben, „wir“ an Kammhoff wieder gefunden haben, mit dem Unterschiede, daß dieser uns

bei einem eventuellen Klappen Verlegenheiten bereiten wird. — Ob der „Kollege“ Recht hat? Wir wollen es abwarten; vorerst liegt unser Feld am Zippertein schwer darnieder.

Nur seine Jhring-Nahlow's sind noch an der Stippus-Arbeit. Ueber das Herr von Spitzeln demnach. Für heute warnen wir nur vor einem gewissen B. Friedrich, Wilhelmstr. 41 wohnhaft, der mit Kaufschuß-Kempfen und Redaktions mit Laffalle-Photographien handelt. Dieser Bursche hat schon drei Jahre wegen ehrenrühriger Dinge gefesselt. Kammhoff ist bis jetzt über seine Leistungen enttäuscht, und will ihm nächstens eine Stelle als Schreiber besorgen. Also Genossen, empfangt den Herrn, wenn er kommt, überall, wie es sich gebührt.

Der rothe Regus.

## Sprechsaal.

### Resolution:

Angesichts des sich selbst kennzeichnenden Beschlusses des Schweizerischen Bundesrathes:

In Erwägung, daß die Verbeiführung dieses Beschlusses nur ein Nachhall ist seitens Bismarck-Politiker und Konjunktur, welche dem „Sozialdemokrat“ nicht verzeihen konnten, die Unmoralität der im Kampf gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter angewendeten Mittel durch Entlarung der internationalen Sozialdemokratie und Dynamitbrüder bloßgestellt und der Berachtung Europas preisgegeben zu haben;

In Erwägung, daß gerade dieser Nachhall beweist, wie richtig der „Sozialdemokrat“ mit seiner Liste getroffen, und wie korrekt seine Haltung jederzeit gewesen;

Spricht der „Deutsche Sozialisten-Club zu Paris“ der Redaktion und Administration des „Sozialdemokrat“ und der Volkshandlung seine volle Anerkennung über ihr Vorgehen und ihre klare, feste und energische Haltung aus, versichert die ausgenannten Genossen ihrer wärmsten Sympathie, gibt der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß der „Sozialdemokrat“ nach wie vor als Wortführer der Sozialdemokratie auf Vorposten bleiben wird, und dankt den Schweizerischen Genossen für die Erklärung und Beweise ihrer Solidarität.

Es lebe der „Sozialdemokrat“! Es lebe der internationale Sozialismus!

Der Deutsche Sozialistenclub zu Paris.

### Aufruf.

Charles Kobes, Möbelhändler aus Hof a. S., sucht in San Francisco, wird hiermit ersucht, seine Adresse an uns gelangen zu lassen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

### Zur Beachtung.

Lausanne. Allen Genossen zur Kenntniß, daß sich unser Lokal von jetzt ab im

Hotel Winkelried, rue Mercerie,

befindet.

[2 à 125]

Der Vorstand  
des Allgemeinen Arbeiter-Vereins.

### Aufforderung.

Der Buchbinder Adolf Klingler, früher hier, zuletzt in Eger, wird hiermit aufgefordert, seine Adresse ungesäumt hierher mitzutheilen.

Expedition des Sozialdemokrat.

## Briefkasten

der Expedition: Lustige Klätter: Fr. 250 f. d. Hofenclosterfonds dtd. erh. — Kottler Hahn J.: Kdr. laut Rotig v. 29. 4. geordn. — Seidenwurm: Nr. 40 — a Cto Ab. 12. u. Nr. 17 — f. d. insafirteten Eberfelder dtd. erh. — Vom Regellklub „Umsturz“: Nr. 2 — u. für 1 eingetriebenen Jgler Nr. 150 pr. Ufd. dtd. erh. Weiteres h. f. Sonst Alles wohl. Er lebt noch! — L. J. Mailand: Fr. 5 — pr. Ufd. dtd. erh. — F. B. Münster: Fr. 2 — Ab. 2. Du. erh. Nachtrag mit 19 abg. — Sozialistenklub Portobello: (Pfd. Stg. — 22 6) Nr. 22 50 pr. Ufd. dtd. erh. — C. D. Bilo.: Nr. 17 50 à Cto Ab. 12. erh. Hllg. folgt. — Chur Dtsch. Arb.-Ver.: Fr. 15 — gesammelt als Antwort auf die Ausweisung der Biere a. d. Schweiz pr. Ufd. dtd. erh. — Tschögl: Nr. 220 Ab.-Rest pr. 2. Du. erh. Weiteres nach Wunsch abg. — Kopenhagen: Fr. 25 — f. d. Hofenclosterfonds dtd. erh. Hllg. besorgt. — Ueberstrumpf: Fr. 150 f. Bldr. pr. Commerzienrath fr. erh. — S. St. D'Arh.: Fr. 2 — Ab. 2. Du. erh. — Kottler Rajarener: Nr. 22 — Ab. 1. Du. u. Sht. erh. Kdr. geordn. Hllg. folgt. — Gebr. Hrnghs. St. Louis: Fr. 151 90 a Cto Ab. 12. erh. — Die Wilsden: Nr. 15 30 a Cto Ab. 12. erh. Alles fort. Hllg. Weiteres. — Sprequelle: Alles unterweg. Zwischenhand momentan stark beansprucht. Näheres hll. Weiteres nach Wunsch. — Nachtrag: Kdr. pr. 2. erh. Hllg. B. sind ja von dort bereits als angelangt gemeldet. Weiteres unterweg. Hllg. freuzten. — Rothbart II.: Nachr. v. 6. 5. erh. Schöne Segen. Hllg. mehr. — Seidenwurm: Werden sehen, wo's hängt. Kufflg. eingereicht. Am Anspornen fehl's nicht. 9 lag ja doch bei dem Eingegangenen. Hllg. mehr. — St. Roman: Nachr. v. 6. 5. erh. Kdr. u. Hllg. notirt. Hllg. Sq. juristisch gehalten, da Kdr. unklar und betr. Anfrage v. 11. 4. nicht beantwortet wurde. Weiteres hll.

## Anzeigen.

Zürich Samstag, den 12. Mai, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwanon (Stadt):

### Allgemeine Zusammenkunft der deutschen Sozialisten.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Sozialauschuß.

### Stellungs-Gesuch.

Ein junger Parteigenosse (Schweizer) mit guter allgemeiner und juristischer Bildung, gründlicher Kenntniß des Deutschen, Französischen, Englischen und Italienischen, Stenograph, mit besten Zeugnissen, sucht Anstellung bei einem Journal als Reporter, auch redaktionell, oder als Korrespondent, Uebersetzer oder Stenograph u. Auskunft durch

Die Expedition des „Sozialdemokrat.“

Schweiz. Genossenschaftsdruckerei (H. Hübscher) Göttingen-Zürich.